MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1919

367 (12.8.1919) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-186819

Dienstag, 12. August. Abend-Ausgabe. 1919. — Nr. 367.

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptschriftleitung: Dr. Fritz Goldenbaum. Verantwortlich für Politik: i. V.: R. Schönfelder, für Feuilleton: i. V.: R. Maderno, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: R. Schönfelder, für Handel: Franz Kircher, für Anzeigen: Anton Grieser. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., sämtlich in Mannheim. Drahtadresse: General-Anzeiger Mannheim. Postscheck-Konto Nr. 17090 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940—7946.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die 1spalt. Kolonelzeile 50 Pf., Finanz-Anzeigen und Anzeigen von Versicherungs-Gesellschaften 60 Pf., Reklamen M. 2.50. Annahmeschluß: Mittagblatt vormittags 9½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.50 mit Bringerlohn. Postbezug: Viertelj. M. 7.92 einschl. Bestellungsgebühr. Bei der Post abgeholt M. 7.20. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Ein Rundschreiben des Spartakusbundes.

Wir sind in den Besitz eines außerordentlich interessanten geheimen Rundschreibens der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) an seine Agenten und Bezirksvorstände gelangt, das wir wörtlich wiedergeben.

A. 1. Ganz allgemein betrachtet, ist von den verschiedenen, in unseren letzten Rundschreiben erwähnten Möglichkeiten die eingetreten, daß der Frieden unterzeichnet und damit die der deutschen Bourgeoisie aus der Nichtunterzeichnung unmittelbar drohende Krise verschleppt ist. Diese Krise kann nunmehr herbeigeführt werden durch direkte konterrevolutionäre Aktionen von rechts, zumal aus Offizierskreisen, und die weitere Entwicklung, die ein solcher gegenrevolutionärer Anschlag nach sich ziehen würde. Daß ein solcher Anschlag in weiten Kreisen des Offizierskorps erwogen wird, ist bekannt. Darüber, ob er durchgeführt wird, ein Raten anzustellen, ist müßig. Kommt er, so werden die Ereignisse nahezu gesetzmäßig sich abspielen. Ein solcher Anschlag wäre das Dümmste, was die Gegenrevolution machen könnte, und es ist klug, nicht mit der Dummheit, sondern mit der Klugheit des Gegners zu rechnen. Das Klügste, was die Gegenrevolution machen kann, ist, sich mit der Militärdiktatur unter dem Firmenschild Ebert-Noske zu begnügen. Die Möglichkeit, daß die Krise durch Ereignisse der Auswärtigen Politik akut werde, ist noch nicht völlig ausgeschaltet. Namentlich im Osten kann, durch deutsche Generaloffensiven oder durch polnische Uebereiltheiten, eine kriegerische Aktion eintreten, die die deutsche Bourgeoisie unmittelbar ihrem Verhängnis zutreiben würde. Auch hier empfiehlt es sich, nicht mit Möglichkeiten und Hoffnungen zu rechnen, sondern sie erst dann, wenn sie eintreten, mit in Betracht zu ziehen.

2. Als Gang der Entwickelung müssen wir vielmehr in Rechnung stellen, daß das deutsche Proletariat aus eigenen Kräften und ohne Begünstigung durch Zufälle seinen Kampf zu Ende führen muß. Die innerdeutsche Krise muß weiter zur Entwickelung kommen. Auf Seiten der Bourgeoisie ist noch immer der stärkste, wenn nicht einzigste Faktor die Armee. Nach allen Berichten, die wir erhalten, ist aber die Stimmung der Noskegarde nicht mehr die, die sie Monate lang war. Was in den Noskegarden proletarisch ist, ist schwankend geworden und neigt sich wieder zum Proletariat. Die Vorgänge in Hamburg sind symptomatisch.

B. Wir bitten die Organisationen, der Agitation unter den Soldaten die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Wo die Möglichkeit besteht, Flugblätter zu verbreiten, muß das geschehen. Wenn Flugblätter fehlen, müssen sie beschafft werden, wir bitten in diesem Falle um Nachricht über das Notwendige. Auch die mündliche Agitation, wo sie möglich ist, die Anknüpfung von Beziehungen usw. muß im Auge behalten werden. Wir haben bereits früher und vom ersten Tage an den Standpunkt vertreten, daß der Beschluß des Berliner Arbeiterrats mit der Boykottierung ein unglücklicher war. Er war zwar beschlossen auf Antrag unserer Fraktion, aber ohne Fühlung mit uns und auf Anregung unbesonnener Genossen. Dieser Boykott wirkt nur dahin, daß die Freiwilligen sich um so enger an die Regierung schließen, als ihnen durch den Boykott die Rückkehr zu einer anständigen Existenz erschwert wird und die Regierung, um den Boykott zu parieren, gezwungen ist, immer größere Versprechungen zu machen.

Die Aufrüttelung und das Erwachen der proletarischen Massen macht zweifellos weitere Fortschritte. Die Eisenbahner können heute als für die Revolution gewonnen angesehen werden, wenn sie auch politischen Parolen, zumal einer politischen Partei und gar der unseren, noch nicht zugänglich sind. Die Postbeamten sind in Gärung geraten. Eine besondere Sorge bilden die Landarbeiter. Wir haben nunmehr das Porgramm fertiggestellt; es wird den Organisationen in diesen Tagen zugehen. Wegen des Bezugs von Flugblättern, Propagandamaterial usw. für Landarbeiter und Kleinbauern wird das Generalsekretariat für diese in einem besonderen Rundschreiben an die Organisationen herantreten. Ueber die Bedeutung der Agitation brauchen wir kein Wort zu verlieren. Ein Sturmtrupp der Revolution werden die Landarbeiter und Kleinbauern nicht werden, aber ohne ihre Sympathie oder mit ihrer Feindschaft ist das Werk der Revolution ungeheuer erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

3. Wann die aus den eigentlichen Triebkräften der Revolution sich ergebene Krise akut werden und demnach der Zeitpunkt für eine Aktion gekommen sein wird, läßt sich natürlich nicht sagen. Wir können natürlich nur sagen, hat das Proletariat einige Zeit, sich organisatorisch und agitatorisch zu kräftigen, so ist das der Durchführung der Revolution nur von Vorteil. Um so reifer werden die Massen dann an ihre Aufgaben herantreten. Womit natürlich nicht gesagt ist, daß wir warten wollen oder warten können, bis uns, gemessen am Entwickelungsgang der proletarischen Massen der geeignetste Zeitpunkt zu sein scheint. Vielmehr müssen wir jeden Augenblick, jede Situation daraufhin prüfen, ob die Gesamtlage eine Aktion fordert oder nicht.

Die Bewegung der Eisenbahner gibt uns Anlaß zu solcher Prüfung. Die Eisenbahnerbewegung ist die Bewegung, die, wie keine zweite, der Bourgeoisie ans Mark geht. Ein Eisenbahnerstreik setzt auf die Dauer eine starke Regierung matt, (siehe Rußland 1906) geschweige denn einen solchen halsverwesten Körper, wie die Regierung Ebert-Noske. Ein Eisenbahnerstreik ist daher im gewissen Sinne stets ein Kampf um die Staatsgewalt, darum tritt auch den Eisenbahnern die Staatsgewalt noch unverhüllter und noch brutaler entgegen, als dem übrigen Proletariat. Ob aber der Eisenbahnerbewegung aus diesem Grunde gleich das Ziel einer Beseitigung der bestehenden und der Errichtung einer neuen Staatsgewalt gegeben werden darf, ist eine andere Frage, und wir haben diese Frage verneint aus folgenden Gründen: Die Eisenbahner treten neu und zum ersten Male in eine große revolutionäre Aktion ein. Ihnen liegen nur die wirtschaftlichen Ziele vor Augen, diese freilich im weitesten Umfange, Rätesystem eingeschlossen. Politische Ziele verfolgen sie bewußt nicht. Es würde zwecklos sein, die Streikbewegung nur schwächen und dem Abspittierungsversuch nur Vorschub leisten, wenn wir unvermittelt die politischen Parolen hineinwerfen würden.

Dieser unser Standpunkt gilt nur für jetzt und kann sich täglich ändern. Würde, was wir heute noch nicht wissen, der Eisenbahnerstreik sich lange hinziehen und damit die politische Weiterentwickelung der Eisenbahnermassen vor sich gehen, so daß sie der im Hintergrund ihrer Bewegung stehenden politischen Ziele bewußt werden und sie sehen, oder wird die Eisenbahnerbewegung aufgenommen werden von einer gewaltigen Bewegung der Industriearbeiter, die bereits ihrer politischen Ziele bewußt sind, dann wäre es Zeit mit der Herausgabe der letzten politischen Parolen. Bis dahin müssen die Parolen jeweils den Verhältnissen entsprechen. Für die Agitation ergeben sich aus dem Ganzen die Aufgaben des gegenwärtigen Augenblicks. Ziel der Agitation muß sein, Perspektiven den Eisenbahnern vor Augen zu stellen, ihnen zu zeigen, daß die Zugeständnisse, Lebensmittelpreisherabsetzung u. a. Schwindel sind und daß es für sie kein anderes Ziel gibt als für das das Gesamproletariat: Räterepublik. Im Zusammenhang mit einer einschneidenden Bewegung wie die Eisenbahnerbewegung ist aber auch dem Industrieproletariat die Bedeutung des Augenblicks und die Notwendigkeit von Gesamtaktionen vor Augen zu halten, damit sie aktionsfähig sind, wenn die Krise entsprechend sich verschärft.

4. In der Agitation glauben wir, daß mit dem zunehmenden Verfall der Sozialdemokratie sich die Gegensätze zur U. S. P. ganz von selbst in den Vordergrund schieben. Wir glauben namentlich, daß die Haltung der U. S. P. in der Friedensfrage — schwächlich, gedankenlos und unwahrhaftig — (indem sie die Wirkungen des Friedens einfach weglog) nicht genug gegeißelt werden kann. Nachdem sie jetzt der Bourgeoisie den Ausweg der Unterzeichnung selbst geöffnet haben, hoffen sie auf irgendwelchen Zufall, etwa Schwierigkeiten im Osten, der ihnen das geben soll, was sie eben erst wieder weggegeben haben. Nicht weniger gefährlicher ist ihre neue Parole: Neuwahl des Reichstags. Statt aus dem moralischen und politischen Bankerott der Nationalversammlung auf den der Bourgeoisie zu schließen, schließen sie nur darauf, daß in der Nationalversammlung nicht genug Unabhängige gewesen sind, als ob 5 Dutzend Unabhängige statt 2 ein anderes Bild ergeben hätten. Bei alledem ist es besonders bemerkenswert, daß gerade der sogenannte linke Flügel der U. S. P. sich vollkommen ins Schlepptau des rechten hat nehmen lassen. Willenlos macht er alles mit, was die Parteibürokratie unter Führung der Haase und Konsorten diktiert.

Das Zentralsekretariat der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund.)

Der Reichsregierung ist selbstverständlich dieses geheime Rundschreiben der Spartakisten, das manche Vorgänge der letzten Zeit in einem helleren Lichte zeigt, nicht unbekannt geblieben. Besonders interessant sind die Stellen, welche sich mit den Eisenbahnern befassen. Man ersieht hieraus von neuem, welche Bedeutung die Spartakisten der Aufwiegelung des Eisenbahnpersonals beimessen. Wir dürfen das Vertrauen haben, daß die staatsbürgerliche Einsicht des ausschlaggebenden Teils der deutschen Eisenbahner sich stärker erweisen wird, als alle Verhetzungsversuche der durch dieses Rundschreiben wieder einmal gekennzeichneten Vaterlandsverräter, die unter der Parole Räterepublik unser Wirtschaftsleben, das schon traurig genug ist, völlig vernichten möchten. Allen Einsichtigen, vor Allem der Arbeiterschaft, zeigt dieses aus dem geheimnisvollen Dunkel der Umtriebe der Spartakisten ans grelle Licht der Oeffentlichkeit gezogene Rundschreiben von neuem, daß die Gegenmaßnahmen der Regierung rückhaltlos unterstützt werden müssen, wenn wir nicht unrettbar dem Untergang verfallen sollen.

Deutsches Reich.

Die Verhältnisse in der Pfalz.

[·] Aus der Pfalz, 11. Aug. Die Anhänger des Gedankens der Ausrufung einer neutralen pfälzischen Republik arbeiteten in der letzten Zeit mit wahrem Hochdruck und hielten zahlreiche Versammlungen ab. Systematisch werden einzelne Gegenden von ihren Sendboten heimgesucht, ihr Leibblatt und allerlei die weitgehendsten Versprechungen enthaltende Flugblätter verteilt, und nach Abhaltung einer Versammlung Ortsgruppen gegründet. Man geht sogar schon daran, die „Freie Pfalz“, das Landauer Parteiorgan, auf feste Füße zu stellen und teilt als Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung vom 2. Aug. den Plan der Gründung einer Aktiengesellschaft mit. Es sollen auf diese Weise durch Herausgabung von Aktien zu 100 (?!) und 1000 Mk. an feststeingeschriebene Bundesmitglieder 500 000 Mark aufgebracht werden. Ob viele auf diese neue Gründung, deren Aktien man als „hervorragendes Wertpapier“ anspricht, hereinfallen werden, glauben wir vorerst nicht. Die Blamage, welche die „Haaßianer“ in der letzten Versammlung in Ludwigshafen erlebten und die zu einer überwiegenden Kundgebung gegen die neutrale Republik führte, wollen sie allerdings nicht gelten lassen und werfen ihren Gegnern ohne die Spur eines Beweises vor, sie hätten 30 Leute zu 14 Mark pro Person gedungen, um die Versammlung zu sprengen. Wir können den Französlingen versichern, daß alle Teilnehmer von der anderen Seite auf Grund freier Ueberzeugung ihrer Ansicht in Wort und Tat Ausdruck verliehen. Bezahlen lassen sich Leute von echt deutscher Gesinnung nicht, sondern nur Kreaturen, welche ihre Meinung nach persönlichen Vorteilen richten. Der in letzter Zeit von klerikaler Seite wieder stärker ventilierte Gedanke der rheinischen Republik wird natürlich von den Haaßianern energisch abgelehnt; sie wollen einzig und allein die neutrale Republik. Ganz aus dem Häuschen hat die Rede des Ministerpräsidenten Hoffmann, welche den Pfälzern ein gerüttelt Maß von Reformen und allerlei Gaben zusagte, die Haaßianer gebracht. Aus Angst, es könnte die Bevölkerung dadurch in ihrer Anhänglichkeit zu Bayern bestärkt werden, bezeichnen sie alles als Bamberg-Münchener Schwindel und warnen vor jeglichem Vertrauen auf diese Versprechungen, sie, die in ihren Verheißungen den Pfälzern den Himmel auf Erden vorgaukeln, obwohl sie im Innersten überzeugt sein müssen und überzeugt sind, daß nichts von alledem, was sie der Pfalz vormachen, in Erfüllung gehen wird.

Streikverhinderung und Kohlenförderung.

Weimar, 11. Aug. (Von uns. Vertreter.) Die Reichsregierung beschäftigt sich augenblicklich mit Maßnahmen, die dazu führen sollen, die Streiks in Zukunft zu verhindern. Man ist daran, durch Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen langfristige Tarifverträge zum Abschluß zu bringen. Diese Tarifverträge sollen durch die Schaffung von Tarif- und Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch besonders gefestigt werden. Außerdem erwägt man noch Maßnahmen, um das Schlichtungsverfahren bei Lohnstreitigkeiten obligatorisch einzuführen. Diese Erwägungen sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen. Militärische Hilfe soll bei Streiks nur in den äußersten Notfällen in Anspruch genommen werden. Die Entscheidung hierüber soll in die Hände der Zivilbehörden gelegt werden.

Weiterhin beschäftigte sich die Reichsregierung mit Erwägungen um die Kohlenförderung nach Möglichkeit zu steigern. Auch hier will man durch eine Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter in den Bergwerken eine größtmöglichste Ausnutzung der Arbeitskraft die Produktivität soweit als irgend möglich steigern.

Erzbergers Markensystem.

[.] Berlin, 12. August. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Bamberg wird gemeldet: Reichsfinanzminister Erzberger trägt sich nach Mitteilungen des bayrischen Finanzministers Speck mit dem Gedanken, bei der Reichseinkommensteuer die Beträge von Lohn und Gehalt durch das Markensystem zu erheben und zwar aus dem Grunde, um die Abgabe möglichst an der Quelle zu erfassen und Steuerhinterziehungen unmöglich zu machen.

Beschlagnahmung verschobener Vermögen.

[·] Berlin, 12. August. (Von uns. Berl. Büro). Nach Angabe der „P. P. N.“ sind internationale Verhandlungen über die Erfassung des nach den neutralen Ländern verschobenen deutschen und feindlichen Privatkapitals bereits in vollem Umfange. Sie dürften in den nächsten Tagen bereits zu einem Abschluß führen, der darauf abzielt, das verschobene Kapital zu beschlagnahmen. Es soll Anrechnung der auf diese Weise erfaßten Summen auf unsere Kriegsschuld stattfinden.

Rückkehr der Gefangenen nicht vor Mitte September.

München, 11. August. (W. B.) Nach der Korrespondenz Hoffmann teilte die Reichsleitung auf das Ersuchen der bayr. Regierung, die sofortige Rückkehr der Kriegsgefangenen zu ermöglichen, mit, daß entsprechend dem Standpunkte, den die Entente einnehme, mit der Rückkehr der Gefangenen erst ab Mitte September zu erwarten sei.

Rente für die Hinterbliebenen Eisners.

000 München, 12. August (Priv.-Tel.) Der Finanzausschuß des Landtags hat die für die Hinterbliebenen Eisners geforderten 12 000 Mark genehmigt. Die Witwe und die drei Kinder Eisners erhalten je 3000 Mark jährliche Rente, letztere bis zum 21. Lebensjahre, und dann erhält die Witwe weitere 3600 Mark jährlich. In der Sitzung wurde festgestellt, daß Eisner bei seiner Reise nach Bern 5000 Mark aus der Staatskasse erhoben hat, aber nur 2600 Mark wieder zurückerstattete.

Anträge der Nationalversammlung.

Weimar, 11. Aug. (Von unserm Vertreter.) Der Nationalversammlung sind wieder eine Reihe von Anträgen zugegangen, von denen einzelne bemerkenswert sind. Der demokratische Abgeordnete Erkelenz weist darauf hin, daß bei der Ausfuhr von Waren aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Rheinland stellenweise eine Einfuhrbewilligung verlangt wird. Das geschehe auch dann, wenn die Ware schon an der Landesgrenze verzollt war. Er fragt die Regierung, ob sie bereit sei, darauf hinzuwirken, daß diese Behinderung einer ordnungsmäßigen Einfuhr wegfällt und daß nicht eine neue Zollgrenze auf deutschem Gebiet errichtet wird.

Der Abg. Dusche (Deutsche Volksp.) wendet sich in einer Anfrage gegen die Erschwerung bei Reisen in das Ausland auf Grund der Steuerfluchtgesetze. Er weist darauf hin, daß auch bei ganz kurzen Reisen in das Ausland, bei denen keine Gefahr bestehe, daß sie zur Hinausschaffung von Vermögen benutzt werden könnten, die Hinterlegung großer Teile des Vermögens bei den zuständigen Steuerämtern gefordert würde. Da die möglichst baldige Wiederanknüpfung von geschäftlichen Verbindungen und die Herstellung neuer Verbindungen mit ausländischen Firmen nur im Interesse des Wiederaufbaues Deutschlands liege, fragt er die Regierung, was sie gegen derartige unnötige Erschwerungen kurzer Auslandsreisen zu tun gedenke.

Eine Zentrumsfrage beschäftigte sich mit der Lage der Zivilgefangenen auf Malta und verweist darauf, daß alle Zivilgefangenen dort, mit alleiniger Ausnahme der Deutschen, ausgetauscht worden sind. Man habe den Gefangenen gesagt, daß Deutschland ein Schiff schicken müßte, wenn sie frei kommen wollten. Die Regierung wird gefragt, welche Schritte sie eingeleitet und welche Maßnahmen sie getroffen hat, um die deutschen Zivilgefangenen aus Malta schnellstens heim zu schaffen.

Eine weitere bemerkenswerte Anfrage richtet sich gegen den Verkauf von Zucker nach dem Auslande, den die Reichsregierung eingeleitet hat, um Gegenwerte für den Einfuhrbedarf des Reiches zu beschaffen. Der Fragesteller verlangt von der Regierung, die Zuckerausfuhr entsprechend einzuschränken, um den Inlandsbedarf zu sichern und dem empfindlichen Zuckermangel damit abzuhelfen.

MARCHIVUM

40. Deutscher Hausbesitzertag.

sh. Jena, 11. August.

Unter Beteiligung von etwa 400 Vertretern des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands aus allen Teilen des Reiches trat am Freitag im „Deutschen Haus" hierselbst der 40. Deutsche Hausbesitzertag zusammen, der auch von Regierungsvertretern, Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung und befreundeten Verbänden, wie dem Preußischen Haus- und Grundbesitzerverband, dem Verband der Rabattsparvereine Deutschlands u. a. besucht ist. — Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht angesichts der neueren Gesetzgebung auf dem Gebiete des Wohnungswesens naturgemäß die geplante Sozialisierung desselben sowie das Thema: „Mieterschutz und Mietpreisbildung", wozu als Referenten Prof. Dr. Kessler-Jena, Justizrat Dr. Baumert-Spandau, Rechtsanwalt Dr. Weingart-Mannheim und Generalsekretär Dieske-Charlottenburg, als Berichterstatter bestellt sind.

Von besonderem Interesse ist der

Jahresbericht des Zentralverbandes,

der sich eingehend mit der Lage des deutschen Hausbesitzes beschäftigt und dazu u. a. ausführt: „Durch die Revolution sind politische und wirtschaftliche Anschauungen und Bestrebungen zur Herrschaft gelangt, die grundsätzlich im Gegensatze zu der bisherigen Betätigung des Hausbesitzes stehen. Nicht nur, wie bisher, um die Durchsetzung seiner Aufgaben, um den Schutz seiner berechtigten Interessen hat der Hausbesitz in Zukunft zu kämpfen, sondern um die Grundlagen und Voraussetzungen seines Daseins selbst. Die Forderung steht heute nicht mehr nur auf dem Papier, sondern man versucht sie teilweise mit allen Machtmitteln durchzusetzen, daß der städtische Hausbesitz überhaupt beseitigt wird, daß an Stelle der selbständigen Hausbesitzer Staat, Gemeinde oder andere öffentlich rechtliche Körperschaften treten sollen. Die Sozialisierung des Wohnungswesens scheint gewissen Kreisen das geeignete Mittel zur Verdeckung der Unfähigkeit des Sozialismus, das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzurichten oder auch nur fortzuführen. In zahlreichen Eingaben hat der Zentralverband Stellung genommen zu der Frage einer Verstaatlichung oder Kommunalisierung des städtischen Wohnbodens, einer Sozialisierung des Realkredits und einer Vergesellschaftung der Herstellung, Verwaltung und Vermietung der Wohnungen selbst.

Die Umstände, die während der letzten Kriegsjahre die Gestaltung des Wohnungsmarktes beeinflußt haben, sind auch im letzten Jahre entscheidend gewesen. Der Mangel an geeigneten Baustoffen überhaupt, die ungeheure Preissteigerung auf allen Gebieten des Bauwesens und namentlich die ständig gesteigerten Lohnforderungen haben eine Herstellung neuer Wohnungen nach wie vor so gut wie unmöglich gemacht. Ein teilweise bedrohlich starker Mangel an Wohnungen beherrscht auch zurzeit noch den Wohnungsmarkt. Die Nachwirkung der Kriegsverhältnisse ist noch zu stark, als daß sich heute schon übersehen ließe, in welchem Maße die weitere Umgestaltung der Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft einen Ausgleich und eine Verminderung der Wohnungsnachfrage herbeiführen wird.

Bei der Lage der Dinge schien der gegenwärtigen Regierung die einzige Hilfe in weiteren gesetzlichen Eingriffen in die Rechte und die Freiheit der Vermieter zu liegen. Es wurde die Mieterschutzverordnung vom 23. September 1918 erlassen, und in die Vorbereitungen zu dem diesjährigen Zentralverbandstage fiel der Erlaß der neuesten Mieterschutzverordnung vom 22. Juli 1919. Zu beiden Verordnungen hat der Zentralverband Stellung genommen und es ist wenigstens der Versuch gemacht, die schlimmsten Härten und Unbilligkeiten gegen den Hausbesitz zu verhüten. Die Hausbesitzer-Organisationen müßten vor allem die Tätigkeit der örtlichen Einigungsämter unter die Lupe nehmen, die leider auch unter dem Druck der parteipolitischen Durchdringung der kommunalen Verwaltung in Bahnen geführt worden seien, auf denen es nur allzu schwer falle, den Geboten von Recht und Vernunft Geltung zu verschaffen. Eine gewisse Aussicht aus den Schwierigkeiten, in die allmählich die Mieterschutzgesetzgebung geführt habe, herauszukommen, biete die Vorschrift der letzten Mieterschutzverordnung vom 22. Juli 1919, daß alle Verordnungen zum Schutze der Mieter und über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel spätestens am 31. Dezember 1920 außer Kraft treten sollten.

Vielfach habe der Zentralverband auch Verwahrung einlegen müssen gegen die unerhörten Uebergriffe einzelner örtlicher Arbeiter- und Soldatenräte, die sich über die Vorschriften der Einigungsämter willkürlich hinweggesetzt hätten. Weiterhin beschäftigt sich der Bericht mit der Verordnung über die Einwirkung der Heizstoffpreise auf Mietverhältnisse, die die langjährigen Bestrebungen des organisierten Hausbesitzes zu einem gewissen Erfolge geführt habe. Das Mietverhältnis bei Wohnungen mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung war im Laufe der Kriegsjahre unhaltbar geworden. Die Hausbesitzer waren auf Grund früher geschlossener Verträge vielfach gezwungen, Zentralheizung und Warmwasser zu einem Preise zu liefern, der nur einen kleinen Bruchteil der von dem Hausbesitzer selbst zu zahlenden Kokspreise deckte. Es handelte sich dabei um Verluste, die geradezu vernichtend für viele Hausbesitzer werden mußten. Durch die Verordnung ist nun die rechtliche Grundlage geschaffen für die Möglichkeit, auch bei laufenden Mietverträgen eine der Steigerung der Heizstoffpreise wenigstens einigermaßen entsprechende Erhöhung des Mietpreises bezw. der Vergütung für Zentralheizung und Warmwasserversorgung zu erreichen.

Durch die traurigen Erscheinungen des innerpolitischen Lebens in Deutschland ist auch die Frage des Ersatzes für Aufruhrschäden wieder dringend geworden. Die Hausbesitzer werden von den Aufruhrschäden natürlich im besonderen Maße betroffen. Die bisherige Regelung des Tumultschädenersatzes, der den einzelnen Städten überlassen war, hat sich als völlig veraltet und unzulänglich erwiesen. Die Gemeinden hatten zum größten Teil die auf Grund der einzelstaatlichen Tumultschädengesetze ihnen obliegende Verpflichtung zum Schadenersatz abgelehnt, und es war die Gefahr einer Rechtslosigkeit entstanden, die die schwersten Folgen gerade auch für den Hausbesitz haben mußte. Der Zentralverband ist deshalb wiederholt dahin vorstellig geworden, daß ein Gesetz erlassen werden müßte, durch das die Ersatzpflicht dem Reiche auferlegt wird. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist der Nationalversammlung auch bereits zugegangen. Von besonderer Wichtigkeit war für die Hausbesitzerorganisationen im Laufe des Berichtsjahres die neue Reichssteuergesetzgebung. Bei allen von der Reichsregierung vorgelegten Steuergesetzentwürfen zeigte es sich wieder, daß die Steuern den Haus- und Grundbesitz nicht nur in derselben Weise treffen, wie alles übrige Vermögen und Einkommen, sondern daß sie infolge der Besonderheiten des Immobiliarbesitzes besondere Härten und Gefahren für den Hausbesitzer in sich schließen. Das tritt bei den neuen Reichssteuergesetzen um so mehr in die Erscheinung, als es sich bei ihnen um Sätze und Beträge handelt, die alle bisherigen Steuern in den Schatten stellen. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände fordert der Bericht schließlich dringend eine Verstärkung der deutschen Hausbesitzerorganisationen, da die kommende Zeit sicher noch weitere schwere Belastungen des deutschen Haus- und Grundbesitzes bringen werde.

(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

Der Friede mit Deutsch-Oesterreich.

⊡ **Berlin**, 12. August. (Von unserem Berliner Büro.) Die Uebergabe des endgültigen und befristeten Friedensvertrages an die Vertreter Deutsch-Oesterreichs in St. Germain soll nach den letzten Mitteilungen am Mittwoch oder Donnerstag erfolgen, wonach Dr. Bauer sich unverzüglich wieder nach Wien begeben wird. Man nimmt an, daß der Hauptausschuß der Nationalversammlung am Freitag oder Samstag zusammentritt und daß die historische Vollsitzung der Nationalversammlung am Montag stattfindet.

Versailles, 12. August. (W. B.) August Gauvais veröffentlicht einen Leitartikel im „Journal de Debats", in dem er erklärt, daß keine Rücksicht auf Deutschösterreich genommen werde. Die österreichische Republik und Ungarn seien den Alliierten solidarisch haftbar. Der Schuldner müsse seinen Gläubigern seine sämtliche Aktiven ausliefern. Man könne Oesterreich nicht wie einen unglücklichen Schuldner behandeln, mit dem man Mitleid haben müsse, wie es gewisse Ententedelegierte tun wollen.

Die Umwälzung in Ungarn.

Die Note des Obersten Rates an die rumänische Regierung.

⊡ **Berlin**, 12. August. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Rotterdam wird gemeldet: Die Note, die der Oberste Rat am Freitag der rumänischen Regierung übersandte, hat folgenden Wortlaut:

Bisher hat die Friedenskonferenz noch keine direkte Antwort von der rumänischen Regierung erhalten. Wie der Konferenz mitgeteilt wird, weigern sich die rumänischen Generäle, Instruktionen der alliierten Generäle auszuführen, und haben die Veröffentlichung des Telegramms des Vorsitzenden der Friedenskonferenz verhindert. Außerdem gestatten sie ihren Soldaten, Privateigentum zu plündern und sie belegen Lebensmittel und rollendes Material mit Beschlag. Sie unterwerfen Budapest, wo schon Hungersnot besteht, einer unnützigen Blockade und vernichten Eisenbahnen, darunter die Bahn Wien-Budapest. Mit einem Wort: Sie begehen eine Anzahl von Handlungen, die sowohl im Widerspruch zu den Beschlüssen der alliierten Mächte wie den Prinzipien der Menschlichkeit stehen.

Ferner wird dem Obersten Rat mitgeteilt, daß die sozialistische Regierung in Ungarn durch einen Staatsstreich umgestürzt wurde, daß die Minister verhaftet sind und die alte Regierung durch eine neue mit Erzherzog Josef an der Spitze abgelöst worden wäre.

Die Friedenskonferenz sieht sich zu der Annahme gezwungen, daß die rumänische Regierung entschlossen sei, der Konferenz zu trotzen und sich von den Alliierten loszusagen. Sollte sich die Konferenz in dieser Annahme irren, dann ersucht sie die rumänische Regierung, dieser Mitteilung umgehend zu widersprechen, und zwar nicht durch Worte, sondern durch Taten, aus denen deutlich hervorgehen müsse, daß Rumänien die Politik, die die Konferenz zu verfolgen beschlossen hat, anerkennt und getreulich zur Ausführung bringen will."

Bisher hat die Konferenz auf diese Note noch keine Antwort erhalten.

Letzte Meldungen.

Eine Steuer-Denkschrift Erzbergers.

⊡ **Weimar**, 12. August. (Von unserem Vertreter.) Der Reichsfinanzminister Erzberger hatte vor einiger Zeit eine Denkschrift angekündigt, die eine Uebersicht über die steuerlichen Lasten enthalten soll, die Deutschland auferlegt sind. Diese Denkschrift wird in den allernächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen. Wie wir erfahren, geht aus ihr hervor, daß die gesamten Steuerlasten, die in Zukunft aufzubringen sein werden, 24 Milliarden betragen. Wenn die Steuern, die der Nationalversammlung bereits vorliegen, in ihren Erträgnissen die schätzungsweise angenommene Höhe erreichen werden, so wird immer noch ein Fehlbetrag von 9—10 Milliarden vorhanden sein, der durch weitere Steuern gedeckt werden muß. Hierbei sind die Lasten, die Deutschland durch die Entschädigungspflicht an die alliierten Staaten erwachsen, noch nicht eingerechnet.

Sitzungsprogramm des Kabinetts.

⊡ **Berlin**, 12. August. (Von unserem Berliner Büro.) Das Kabinett wird sich heute Nachmittag mit der Frage des Wiederaufbaues beschäftigen. Reichsminister Müller wird zu der Anfrage der Deutschnationalen betreff die Rückkehr der Kriegsgefangenen Stellung nehmen. Ferner wird eine große Finanzrede des Reichsministers Erzberger erwartet.

Die neuen Postgebühren gelten für Bayern und Württemberg nur bedingt.

⊡ **Weimar**, 12. Aug. (Von unserm Vertreter.) Die neuen Postgebühren erstrecken sich, wie aus dem Wortlaut des Gesetzentwurfes, der jetzt der Nationalversammlung vorliegt, hervorgeht, nicht auf den inneren Verkehr von Bayern und Württemberg. Diese Bestimmung gilt aber nur solange, bis die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs auf das Reich übergegangen sind. Dieser Uebergang soll bekanntlich nach der Verfassung nach Möglichkeit bis 1921 vollendet sein.

Eiserne Kreuze für die Kriegsgefangenen.

⊡ **Berlin**, 12. August. (Von unserem Berliner Büro.) Mehrere tausend Eiserne Kreuze sind wie wir erfahren, von der Regierung in Auftrag gegeben worden. Sie sind teils für die aus der Gefangenschaft heimkehrenden Krieger bestimmt, teils für Angehörige der Grenzschutztruppe.

Der Tag der Einstellung der Feindseligkeiten.

Paris, 12. Aug. (Meldung der Telegr.-Kompagnie.) Die Rechtskommission der Kammer hat am Sonntag einen Gesetzentwurf betreffs Einstellung der Feindseligkeiten beraten und nach längerer Aussprache folgende Fassung angenommen: Als Tag der Einstellung der Feindseligkeiten wird derjenige Tag betrachtet, an dem der Friedensvertrag mit Deutschland im „Journal Offiziel" mitgeteilt wird.

Die vlämische Bewegung.

Rotterdam, 12. August. (W.B.) Laut „Nieuwe Rotterdamschen Courant" meldet der „Brüsseler Soir", daß die vlämische Bewegung in Ostflandern immer mehr um sich greift und daß sogar die Geistlichkeit die Bewegung entfacht. Die bischöflichen Kollegs sind der Mittelpunkt der vlämischen Bewegung. Das Geld zur Unterstützung der Bewegung soll dem „Soir" zufolge aus den Niederlanden kommen.

Umbildung des Ministeriums Lloyd George.

zzz **Paris**, 11. August. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Wie der Londoner Korrespondent des Temps seinem Blatte telegraphiert, wird sich das englische Parlament wahrscheinlich Ende dieses Monats vertagen. Das im Januar dieses Jahres von Lloyd George gebildete Ministerium hatte einen rein provisorischen Charakter. Seine Rolle sollte darin bestehen, mit der neuen Kammer Fühlung zu nehmen und während der Abwesenheit Lloyd Georges und seiner wichtigsten Kollegen auf der Friedenskonferenz zu regieren. Eine Regierung, die einen endgültigen Charakter besitzt, sollte gebildet werden, wenn die internationale Lage geregelt sein würde und wenn die innerpolitische Lage Groß-Britanniens ein klareres Urteil als nach den Wahlen zulassen würde. Lloyd George habe die Umbildung seines Ministeriums bei seiner Rückkehr von Paris nicht vorgenommen. Man erwarte deshalb, daß er an diese Aufgabe während der Parlamentsferien herantreten würde.

Die Gründe für die Dringlichkeit dieser Frage sind folgende: Die Minister Groß-Britanniens dürfen sich von ihren Wählern wieder wählen lassen, nachdem sie ein Portefeuille angenommen haben. Nun schränkt eine Klausel dieses System auf 9 Monate von der Einberufung des neuen Parlaments ab, ein. Es ergibt sich daraus, daß dieses Ministerium vor dem 25. August umgebildet werden muß. Zwei wichtige Posten sind gegenwärtig frei, nämlich derjenige des Präsidenten des Landwirtschaftsamtes und derjenige des Pay-Masters

Riga wieder in den Händen der Bolschewisten?

□ **Berlin**, 12. August. (Von unserem Berliner Büro.) Nach einer Meldung des Berliner russischen Organs „Trysyr" befindet sich nach in Berlin eingegangenen, aber offiziell noch nicht bestätigten Mitteilungen, die Macht in Riga wieder in den Händen der Bolschewisten.

Die russische Regierung verläßt Moskau.

Amsterdam, den 11. August (W.B.) Laut „Allgemeen Handelsblad" meldet Daily Mail aus Helsingfors, daß die Unzufriedenheit über die Sowjetregierung in Moskau im Wachsen begriffen ist und daß die Regierung Maßnahmen trifft, um den Kreml zu räumen und nach Tula, 120 Meilen von Moskau, überzusiedeln.

Mißglückter Versuch, die „Göben" zu versenken.

Versailles, 11. August (W. B.) Nach einer Radiomeldung aus Athen versuchten türkische Offiziere die „Göben", die sich augenblicklich auf der Reede von Nikomedia befindet, zu versenken. Der Versuch ist von englischen Kriegsschiffen vereitelt worden. Die türkische Besatzung sei geflohen.

Der Liebesroman einer bayerischen Gräfin.

ooo **München**, 12. August (Privat-Telegramm). Die 22 Jahre alte Gräfin von Hohental und Bergen, Besitzerin des Schlosses Egg bei Metten in Niederbayern, ist dieser Tage mit einem 25 Jahre alten Steinhauer aus der dortigen Gegend flüchtig gegangen. Das Paar reiste zunächst nach Straubing, wo die junge Gräfin ihre Mutter durch einen Rechtsanwalt davon verständigen ließ, daß sie sich mit ihrem Begleiter verlobt habe und ihn in nächster Zeit heiraten werde. Dann verschaffte sich die Gräfin die Heiratspapiere und verreiste. Der Bräutigam kehrte wieder in das Dorf zurück. Die Familie der Gräfin steht in verwandschaftschaftlicher Beziehung mit dem bayerischen und dem belgischen Königshause. Die Gräfin hat den festen Entschluß, den jungen, übrigens hübschen und intelligenten Mann zu heiraten. Es wird also nicht mehr lange währen, bis dieser Steinhauer und Kleinbauer Schloßherr von Egg sein wird.

Verheerende Explosion in Kiel.

⊡ **Berlin**, 12. August. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Kiel wird gemeldet: Auf der Kieler Reichswerft erfolgte heute morgen um 8 Uhr beim Verladen von Munition eine Explosion, durch die eine furchtbare Verheerung angerichtet wurde. Die in der Nähe der Unglücksstelle weilenden Personen wurden zerrissen oder schwer verletzt. Es werden 4 Tote und eine große Anzahl von Verwundeten gezählt. Auch auf der gegenüberliegenden Germaniawerft gab es Verwundete. Der Materialschaden ist bedeutend. Tausende von Schaufenster und andere Scheiben wurden zerbrochen.

Zwischen Mögen und Vollbringen
Liegt bei uns des Zauderns Oede
Und ein Sumpf; ein Tatenmörder
Ist der Sumpf der deutschen Rede.

Aus F. W. Weckers „Dreizehnlinden".

Andrew Carnegie †.

Nach einer Newyorker Meldung ist Andrew Carnegie am 11. August in Stockbridge im Staate Massachusetts gestorben. Er war der Sohn eines armen Webers und kam am 25. November 1835 zu Dunfermline in Schottland zur Welt. 1848 fand er in Pittsburg eine zweite Heimat. Andrew arbeitete zuerst in einer Baumwollspinnerei als Haspeljunge, wurde dann Telegraphenbote, dann Telegraphist und schließlich dank seiner außerordentlichen Tüchtigkeit Direktor der Telegraphenlinie der Pennsylvanibahn.

Mit A. Stott, dem Präsidenten dieser Bahn, und Woodruff, dem Erfinder des Schlafwagens, brachte er die Schlafwagen in den Handel und erzielte damit großen Erfolg. Sein Vermögen wuchs durch die Ausnutzung der Oelquellen in Pennsylvania und durch den Bau von eisernen Eisenbahnbrücken ganz beträchtlich an. Als sich Mitte der 80er Jahre das Trustwesen bildete, gründete er Eisen- und Stahlwalzwerke und erweiterte diese immer mehr, bis schließlich die Carnegie Steel & Co. und damit das größte Eisenwerk der Welt geschaffen war. Als sich das Kapital der United States Steel Corporation, etwa 1000 Millionen Dollars, in den Händen Carnegies befand, erwarb er sich den Beinamen „Stahlkönig".

Carnegie widmete einen großen Teil seines Vermögens gemeinnützigen Zwecken. Als Förderer der Friedensbewegung begeisterte er sich für Kaiser Wilhelm II. Während des Weltkrieges zeigte er sich aber als nichts weniger als ein Freund Deutschlands. Bekannt sind seine großartigen Bibliotheksstiftungen zu Dunfermline, Pittsburg und Edinbourgh. Weitere Denkmäler, die er sich selbst errichtete, sind das Carnegieinstitut in Pittsburg, die Carnegiehalle in Newyork und der Friedenspalast im Haag. Carnegie hat sich auch schriftstellerisch betätigt. Am liebsten weilte er auf Schloß Skibo Castle in Schottland.

Kunst und Wissenschaft.

— (Zerstörung des Hölderlinhauses.) Aus Stuttgart wird gemeldet: Das Hölderlinhaus in Lauffen am Neckar wurde von dem Besitzer, einem Weinhändler, trotz der Zusage der Erhaltung in aller Stille bis auf den Grund niedergerissen.

— (Die oberste musikalische Leitung des Freiburger Stadttheaters) und die Führung der städtischen Sinfoniekonzerte ist dem bisherigen Leiter der Berliner Philharmonie, Camille Hildebrand, dem früheren Kapellmeister am Mannheimer Nationaltheater, übertragen worden. Damit hat Freiburg eine außerordentliche Kraft gewonnen.

— (Den Scheffelpreis) erhielt in diesem Jahre der junge Karlsruher Komponist Hermann Renck zuerkannt für seine Kammermusikwerke, mit denen er kürzlich in kleinerem Kreise vor die Oeffentlichkeit trat und starken Erfolg erzielte. Ein Klaviertrio, ein Klavier- und Streichquartett weisen auf starke Eigenart hin.

— (Max Halbe) hat eine neue Tragödie beendet mit dem Titel „Hortense Ruland".

— (Hochschulnachrichten.) Der a.-o. Professor der neuen Geschichte, Dr. phil. Herm. Wäfen-Heidelberg, hat als Nachfolger Böhtlingks einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl der Geschichte an der Technischen Hochschule in Karlsruhe erhalten und angenommen. — Dr. Curt Eisfeld in Berlin-Steglitz, bisher Seminarassistent bei Prof. Schär an der Handelshochschule Berlin, erhielt für das Wintersemester 1919-20 einen Lehrauftrag für Privatwirtschaftslehre an den Handelshochschulkursen der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i. Br. — Der Ordinarius der romanischen Philologie an der Münchener Universität, Prof. Dr. Karl Voßler hat einen Ruf an die Universität Berlin als Nachfolger von Geh. Rat Morf erhalten.

Literatur.

— („Unschuld.") Fritz Droop überraschte seine zahlreichen Freunde mit einem Drama und kann gleich darauf hinweisen, daß bereits zwei namhafte Bühnen, das Württembergische Landestheater in Stuttgart und das Schauspielhaus zu Hannover, die Aufführung des Werkes in der kommenden Spielzeit vorbereiten. Die dreiaktige Tragödie „Unschuld" ist ein Stück aus der ersten Zeit nach dem jähen Abbruch des Krieges, in der sich selbst besonnene Geister nicht gleich zurechtzufinden vermochten, geschweige denn Menschen, die sich von dem revolutionären Umsturz die Erfüllung ihrer Wünsche oder doch der Hoffnungen jener versprachen, denen ihr Mitgefühl galt. In diesen Tagen, da verblendete Augen in manchem entsprungenen oder gewaltsam befreiten Sträfling einen Heiland erblicken wollten, spielt Droops Drama, dessen Heldin, eine Krankenschwester, im Banne der über sie hereingebrochenen unerhörten Eindrücke ein Opfer ihres Glaubens an die Kraft des Guten im Menschen wird. In Tempo und Sprache ist das packende Werk ein unübertreffliches Zeitbild und seines Erfolges sicher. Die Buchausgabe erschien, jedermann zugänglich, im Verlag N. G. Elwert in Marburg. A. M.

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Die Forderungen der Kriegshinterbliebenen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen hat eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der auf die außerordentliche Notlage der Kriegshinterbliebenen hingewiesen und, im Hinblick darauf, der Regierung folgende Forderungen unterbreitet wurden:

1. Sofortige Auszahlung einer einmaligen Unterstützung von 300 Mark an die Kriegerwitwen und an die Kriegseltern, die Versorgungsgebührnisse beziehen; von 50 Mark an die Halbwaisen und von 100 Mark an die Vollwaisen. Diese Summe ist an alle entsprechend zu zahlen, denen bis zum Inkrafttreten des neuen Hinterbliebenengesetzes Versorgungsgebührnisse bewilligt werden.

2. Auszahlung der ab 1. Juni 1919 bewilligten 40 v. H. Erhöhung rückwirkend bis zum 1. Januar 1919.

3. Erhöhung der Zuschläge zu den Versorgungsgebührnissen auf 100 v. H. rückwirkend ab 1. Juni 1919.

4. Gewährung der Zusatzrente auch an diejenigen Kriegerwitwen, deren Mann vor dem Kriege ein Einkommen von 1500 Mark nicht hatte, sofern sie zurzeit ein Einkommen unter 6000 Mark beziehen. Gewährung der Zusatzrente für die rückliegende Zeit auch an diejenigen, denen sie versagt wurde, weil ihr Einkommen erst jetzt 1500 Mark erreicht.

5. Nachzahlung der Gebührnisse an die unehelichen Kinder und Kinder aus erster Ehe, für die der Gefallene die Unterhaltungspflicht übernommen hat, vom Todestage des Gefallenen ab, sofern es noch nicht geschehen ist.

6. Gleichstellung sämtlicher Hinterbliebenen in der gesetzlichen Versorgung.

7. Gewährung von Stoffen und Bekleidungsstücken an die Kriegerwitwen und Waisen in dem Umfange, in dem sie den Gefallenen zugestanden hätten.

8. Sofortige Auflösung des Präsidiums der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und Ueberführung der Verwaltung an den Reichsausschuß für Kriegshinterbliebenenfürsorge.

9. Für die Heilung und Erholung von kranken Kriegshinterbliebenen sind ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

10. Sicherung von Arbeitsplätzen für alle Kriegshinterbliebene.

Gleichzeitig wird bekannt, daß das Reichskabinett in seiner Samstagssitzung zu den vorstehenden Forderungen Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt hat: Die vom Reichsbund der Reichsregierung unterbreiteten Forderungen zur Behebung der Notlage der Kriegshinterbliebenen belaufen sich allein für die einmalige Unterstützung und für die geforderten Rentenzuschläge für das Jahr 1919 auf über 500 Millionen Mark. Wie die Reichsregierung stets den ernsten Willen auch durch die Tat bekundet hat, die unbestrittene Notlage der Kriegshinterbliebenen tunlichst zu bessern, so muß sie auch diesmal im Interesse der Gesamtheit des Volkes und damit der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ernstlich prüfen, ob die erhobenen Forderungen jetzt erfüllbar sind. Der Reichsregierung stehen außer den Mitteln, die bereits bewilligt worden sind, also auch insbesondere außer den am 27. April d. J. zur Verfügung gestellten 300 Millionen Mark, weitere Mittel zur Zeit nicht zur Verfügung, sie wird jedoch von den gesetzgebenden Körperschaften in den am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Reichshaushaltplan die Einstellung ausreichender Mittel erbitten, die zur Behebung der Notlage bedürftiger Kriegshinterbliebenen, insbesondere unbemittelter Witwen mit Kindern dienen sollen. Die Reichsregierung verfolgt das Ziel, alle verfügbaren Mittel zur Besserung der Notlage der unbemittelten Bevölkerung zu verwenden. Die kommende Steuergesetzgebung kann erst die Möglichkeit geben einer nach sozialen Grundsätzen aufzubauenden Versorgungsgesetzgebung näher zu treten. Nur das gesamte deutsche Volk kann durch seine Arbeit die Mittel schaffen, um gerechtfertigte Wünsche der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu erfüllen.

× Versetzt wurden Bezirksthierarzt Veterinärarzt Emil Görger in Eberbach in gleicher Eigenschaft nach Weinheim, der Kassier Karl Maurer bei der Katholischen Stiftungsverwaltung Karlsruhe zum Katholischen Oberstiftungsrat, der Oberjustizsekretär Gustav Lippolt beim Amtsgericht Wolfach zum Amtsgericht Emmendingen, Rektor Meyer beim Bezirksamt Freiburg zum Bezirksamt Schönau und Oberstationskontrolleur Karl Hasenfuß in Neckarsulm nach Schillerbach-Ziegelhausen.

× Versetzt wurden die Notare Hermann Bastian in Ueberlingen in den Amtsgerichtsbezirk Emmendingen, Viktor Martin in Karlsruhe in den Amtsgerichtsbezirk Freiburg, Dr. Georg Ehrenfreundschuh in Sinsheim in den Amtsgerichtsbezirk Heidelberg und Dr. Julius Appel in Weinheim in den Amtsgerichtsbezirk Mannheim in gleicher Eigenschaft. Bastian wurde das Notariat Emmendingen II und Martin das Notariat Freiburg VII zugewiesen.

* Berufung. Geheimrat Professor Dr Gothein, M vom Reichsarbeitsminister in einen Ausschuß berufen worden, der die Frage der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebiets prüfen soll. Dem Ausschuß gehören Vertreter des Zechenverbandes, der drei großen Bergarbeiterverbände und der Angestelltenverbände an. Der Ausschuß ist heute in Essen zusammengetreten, um nach Aufstellung des Arbeitsprogramms unverzüglich die wichtigsten Zechen in verschiedenen Revieren zu besichtigen und in mündlicher Erörterung mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie mit den örtlichen Behörden die Grundlagen für seine Feststellungen zu gewinnen.

* Ein Eisenbahnunfall, der glücklicherweise keine schweren Folgen hatte, ereignete sich heute morgen gegen halb 5 Uhr auf dem Bahnhof Waldhof. Beim Ausfahren eines Güterzuges entgleiste mitten im Zuge ein Wagen. Die Aufgleisung nahm etwa 3 Stunden in Anspruch. Während dieser Zeit wurde der Personenverkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten. Personen wurden nicht verletzt.

Polizeibericht vom 12. August (Schluß).

Unfall. Infolge Krepierens einer Patrone beim Einschießen eines Jagdgewehrs wurde einem 16 Jahre alten Büchsenmacherlehrling, wohnhaft T. 3. 3, am 10. dss. Mts. auf dem Schießstand Feudenheim die linke Hand erheblich verletzt. Der Verunglückte mußte im Allgemeinen Krankenhaus, wohin er sich zu Fuß begeben konnte, Aufnahme finden.

Verhaftet wurden 20 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter ein Monteur von Karlshafen und ein Reisender von Ludwigshafen wegen Schleichhandels, ferner 6 Personen wegen Diebstahls bezw. Betrugs.

Kommunales.

)(Walldorf, 11. August. Bei der Bürgermeisterwahl brachte auch der zweite Wahlgang kein Resultat. Die Parteien konnten sich wiederum nicht einigen. Auf Kaufmann Franz Hemmer fielen 26, auf Landwirt Gustav Horsch 17 und auf Ratschreiber Pfahl 13 Stimmen. Die dritte Bürgermeisterwahl findet am nächsten Samstag statt.

* Waldkirch, 12. August. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der Kandidat der Zentrumspartei, Rechtsanwalt Eberle, aus Neustadt i. Schw., gewählt. Die Demokraten und Sozialdemokraten hatten einen eigenen Kandidaten aufgestellt.

* Ueberlingen, 11. Aug. Bei der Bürgermeisterwahl wurde Regierungsrat Dr. Emerich, früher in Straßburg, einstimmig gewählt.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

p Homburg (Pfalz), 11. Aug. Einem Landwirte, der von Speyer nach Vic in Lothringen verzog, wurden anfangs Januar auf dem Homburger Bahnhof das ganze Ueberzugsgut aus dem Wagen gestohlen. Er forderte von der Pfälzischen Eisenbahndirektion 33 000 Franken Schadenersatz. Nachforschungen nach den Möbeln haben nun zu dem Ergebnis geführt, daß in Bruchsal, Beeden, Zweibrücken, Niederauerbach, Bubenhausen ein großer Teil des Mobiliars in Haushaltungen gefunden wurde.

p. Zeselberg (Pfalz), 11. Aug. Schlimm ist einem Geldhamster hier ergangen. Der betr. Landwirt hatte nicht weniger als 19 920 Mark in Gold und Silber zu Hause. Das ganze Geld wurde ihm gestohlen. Es ist wohl kein Zweifel, daß es noch tausende solcher Landwirte gibt. Wo sollte sonst unser Kleingeld sein?

⊙ Mainz, 10. Aug. Der Kreisveterinärarzt Dr. Belling in Mainz ist mit dem Vorsitz in der hessischen Landesfleischstelle in Darmstadt betraut worden, nachdem Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Lorenz um Enthebung von diesem Amt gebeten hatte.

* Homburg v. d. H., 11. Aug. In der Nähe der Elisabethenschneise bei Homburg trug sich am Sonntag Mittag eine furchtbare Bluttat zu. Dort suchte der 38jährige Heinrich Herzberg, verheiratet, aus Oberstedten, gemeinsam mit dem bei ihm auf Besuch weilenden Freund Jakob Birlebach aus Biebrich am Rhein nach einem verlorenen Hammel. Auf einer Waldblöße entdeckten beide den 38jährigen, verheirateten Schlosser Wilhelm Jakobi aus Oberstedten, wie er damit beschäftigt war, einen der im Ort gestohlenen Hämmel abzuschlachten. Zwischen den drei Männern entspann sich sofort ein furchtbares Ringen. Jakobi gab aus seinem Browning auf die Angreifer ein wahres Schnellfeuer ab. Hierbei wurde Birlebach durch zwei Schüsse in Kopf und Brust auf der Stelle getötet. Herzberg erhielt drei Schüsse und mußte hoffnungslos verletzt später dem Homburger Krankenhaus zugeführt werden. Der Mörder begab sich in seine Wohnung, in der er gegen 3 Uhr verhaftet und dem Oberstedter Hofiokal zugeführt wurde. Hier erbat er sich nach kurzer Zeit etwas Trinkwasser. Als der Polizeidiener hinausging, folgte ihm Jakobi, der ein Mann von außergewöhnlicher Körperstärke ist. Er überwältigte den Polizeidiener und floh. Bisher konnte er nicht wieder aufgegriffen werden.

Gerichtszeitung.

⊡ London, 11. Aug. Wegen Entwendung französischen Privateigentums im besetzten Gebiet im Jahre 1918 verurteilte das Kriegsgericht der 8. Armee den Artillerie-Oberleutnant der Landwehr, Buchdruckereibesitzer Ludwig Ziegler in Neustadt a. H. zu 6 Monaten Gefängnis und 1200 Fr. Geldstrafe und verfügte seine sofortige Verhaftung. Ziegler hatte bereits 1 Monat in Untersuchungshaft vor einiger Zeit gesessen. Der Angeklagte gab zu, eine Standuhr, eine Lampe und ein Gemälde im Glauben, daß dies nicht verboten sei, nachhause geschickt zu haben. Durch die Erzählungen eines sich im Urlaub denuncierten führenden Landsmannes seiner Kolonne kam die Sache in Neustadt auf und zur Kenntnis der deutschen Behörde, welche es der französischen Behörde mitteilte. Durch einen Zeugen wurde sogar eidlich erhärtet, daß als er sich die Sachen zu verpacken und mitzunehmen weigerte, der Angeklagte ihm den dienstlichen Befehl hiezu gab.

Sportliche Rundschau.

× Der Gau V des Deutschen Radfahrerbundes, der nach dem Zusammenschluß mit der Allgemeinen Radfahrerunion alle Radfahrervereine Badens einschließt, hat seinen korporativen Beitritt zum Bad. Landesausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege erklärt.

Gauschwimmfest. Am vergangenen Sonntag veranstalteten bei herrlichem Wetter der Schwimmverein Nikar Heidelberg und der Schwimmverein Neptun Leimen das diesjährige Gauschwimmfest des Gaues II (Kreis V Deutscher Schwimm-Verband) in Leimen. Sämtliche badischen Schwimmvereine erschienen am Start. Die Stadt Mannheim war durch den Schwimm-Verein E. V. und durch die Schwimmerriege des Turnvereins vertreten. Das Fest wurde nachmittags um 3 Uhr mit einem gut ausgearbeiteten, prachtvoll geschwommenen Reigen eröffnet. Ein schöner Sport wurde geboten. Das Programm bot eine reichhaltige Abwechslung. Das spannendste Schwimmen war zweifellos das Hindernisschwimmen, welches von Herrn Ernst Bahnmeyer des hiesigen Schwimmverein E. V. gewonnen wurde. Herr Friedrich Feuhner vom gleichen Verein erstritt durch sein Junior-Brustschwimmen über 100 Meter einen weiteren Sieg. Auch die Schwimmerriege des Turnvereins Mannheim konnte, wie mitgeteilt, für sich zwei Siege buchen, und zwar durch Fräulein H. De Lank im Damenbrustschwimmen über 50 Meter und Wilhelm Röder im Jugendbrustschwimmen. Die Staffettenläufe teilten sich die Heidelberger und Karlsruher Schwimmer. Sehr lehrreich wirkten die Rettungsvorführungen des Herrn Anton Herdegen vom Schwimm-Verein E. V. Mannheim. Herr J. Greil, Mannheim-Neckarau, gab hierzu die aufklärenden Erläuterungen. Der Schluß des schwimmerischen Programms bildete ein Wasserballspiel zwischen Heidelberg und Mannheim, wobei Heidelberg als Sieger hervorging. Schiedsrichter hierbei war Herr Dr. Stühmer aus Freiburg, der das Spiel in umsichtiger Weise leitete. — Am Sonntag, den 24. August veranstaltet der Schwimmverein E. V. Mannheim auf dem Neckar eine Schwimmfahrt. Der Start befindet sich am Depot der elektrischen Straßenbahn und das Ziel unterhalb der Jungbuschbrücke. Das Schwimmen bietet den Zuschauern sicherlich ein sehr imposantes Bild, zumal beide Neckarbrücken passiert werden. ft.

* Fußball. Süddeutschland schlägt Norddeutschland in Nürnberg mit 7:1. Die süddeutsche Mannschaft revanchiert sich damit glänzend für die in Berlin im Schlußspiel um den Fußball-Bundespokal erlittene Niederlage. Die süddeutsche Mannschaft ist durch ihr feines Kombinationsspiel der norddeutschen sichtlich überlegen. Zur Halbzeit 2:0 für Süddeutschland; die meisten Tore schoß Träg-Nürnberg, nämlich vier.

Handel und Industrie.

Wirtschaftliche Betrachtungen zum Betriebsräte-Gesetz.

P. Mannheim, 12. August.

Ueber den Inhalt des Gesetzentwurfes über Betriebsräte, das in jüngster Zeit der Nationalversammlung zugegangen ist, ist bereits berichtet worden. Bei der Wichtigkeit des Gesetzes für die ganze künftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens ist es dringend notwendig, ohne politische Voreingenommenheit und unter Ausschaltung parteipolitischer Erwägungen diesen Entwurf nach Gesichtspunkten seiner wirtschaftlichen Auswirkung zu betrachten.

Wohl der wichtigste Paragraph des ganzen Gesetzes ist § 34, der von den Aufgaben der Betriebsräte handelt. Er lautet:

Der Betriebsrat hat die Aufgabe über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zugunsten der Arbeitnehmer, über die Ausführung von Tarifverträgen und Schiedssprüchen zu wachen. Soweit eine tarifvertragliche Regelung nicht besteht, so er im Einvernehmen mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer bei der Regelung der Löhne, Arbeitsverhältnisse, Urlaube und dergleichen mitwirken. Er soll die Arbeitsordnung mit dem Arbeitgeber vereinbaren, das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber fördern. Insbesondere soll er den Betrieb vor Erschütterung bewahren und im Zusammenwirken mit den Berufsvereinen dafür sorgen, daß die Arbeit nicht eingestellt wird, ehe dies in geheimer Abstimmung mit zwei Dritteln Mehrheit beschlossen ist. Der Betriebsrat soll ferner an der Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen mitwirken und bei der Einstellung und Entlassung der Arbeitnehmer mitwirken. Grundsätzlich besonders wichtig sind dann die folgenden Aufgaben, die dem Betriebsrat zugewiesen werden:

an der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuarbeiten;

in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen;

in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, welche mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats gleiche Rechte und Pflichten haben, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung zu haben brauchen.

Hiernach sollen den Betriebsräten eine Reihe von Funktionen zugewiesen werden, die sich wohl am besten wie folgt formulieren lassen:

Arbeiter und Angestellte sollen einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Produktion haben, im paritätischen Zusammenarbeiten mit dem Unternehmer oder Betriebsleiter soll an dem künftigen Aufbau unserer Wirtschaft und nötiger Aus- und Umgestaltung der Produktion mitgeholfen werden. Die Betriebsleitung soll dem Unternehmer bleiben, Betriebsräte haben aber das Recht und die Pflicht beratender Mithilfe.

Theoretisch läßt sich dieses Zusammenarbeiten wohl denken; würden wir daher in einer idealen Welt leben oder sich diese Hoffnung jemals erfüllen, so könnte die Frage unerledigt bleiben, wo die beiderseitige Grenze der Befugnisse ist, zumal man sich ja immer auf der Basis der Förderung und Steigerung des Betriebes und der Produktion in beiderseitigem Interesse treffen könnte und sollte.

Die Praxis ist jedoch eine andere Lehrmeisterin, wie folgender Fall, der nicht vereinzelt steht, dartut:

Eine hervorragende Automobilfabrik hatte von neutraler Seite einen großen Auftrag an der Hand, dessen Ausführung allerdings drängte. Die Werksleitung setzte sich mit ihrer Arbeiterschaft in Verbindung, um bis zur Erledigung des Auftrages das Einlegen von täglich zwei Ueberstunden gegen hohe Sonderentlohnungen zu erreichen. Die Vertretung der Arbeiter erklärte aber, das Festhalten am achtstündigen Arbeitstag als Errungenschaft der neuesten Zeit sei für sie und ihre Gesinnungsgenossen im Reiche von so hervorragender grundsätzlicher Bedeutung, daß sie trotz der angebotenen hohen Sonderentlohnung auf die Einführung der Ueberstunden nicht eingehen könne. Infolgedessen sah sich die in Betracht kommende Automobilfirma genötigt, auf den glänzenden Auftrag zu verzichten.

Einzig und allein im Interesse der Produktion, und nicht im Interesse der Arbeitgeber muß man es daher für bedenklich halten, in der heutigen Zeit den Betriebsräten Funktionen zuzuweisen, die, wie obiger Fall zeigt, als Eingriffe in die Betriebsleitung wirksam werden können. Hier bedarf es unbedingt der genauen Grenzziehung, entweder so oder so. Die Regierungsvorlage sagt zwar in der Begründung, daß die Produktionsleitung nicht Gegenstand der Vereinbarung zweier gleichgeordneter Stellen sein kann, über die etwa eine dritte Stelle entscheidet. Dies würde die Betriebsleitung in Ketten legen, ständiger Streit, Hader und Zank und die Entscheidungsbefugnis eines Dritten, der es nicht zu verantworten hat, wären die Folge. Es würde ein Zustand geschaffen, den der Gesetzgeber gar nicht will im Gegenteil, der beseitigt und verhindert werden soll.

Die Beratung der Betriebsleitung durch die Betriebsräte zur möglichsten Erlangung großer Wirtschaftlichkeit des Unternehmens und die Vorlage von Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen würde zu einer Vermischung der Arbeiterfragen mit solchen der Betriebsleitung führen, die gar nie einen Wirtschaftsfrieden im Betriebe zuließe. Entweder ist und bleibt diese Befugnis mehr oder weniger eine Dekoration oder der Schritt zur Teilung der Betriebsleitung mit ihren oben angedeuteten Nachteilen ist vollzogen.

Aehnliches gilt von der Entsendung von Arbeitervertretern in den Aufsichtsrat von Unternehmungen. Es hieße in wirtschaftlichen Dingen nicht in die Zukunft sehen wollen, wenn folgender Zustand nicht totsicher eintreten soll. Je nach dem Stand der Gewinne der Unternehmungen werden besondere Forderungen von den Arbeitern und Angestellten des Einzelbetriebes aufgestellt. Die Sonderverhältnisse des einzelnen Betriebes, wo gerade höhere Gewinne erzielt werden, führen zu speziellen Lohnforderungen, die im Falle ihrer Gewährung entweder zur Bevorzugung der Arbeiter bestimmter Betriebe führen oder zu Lohnkämpfen in den weniger günstigen Betrieben der gleichen Branche Anlaß geben. Der Keil zur Sprengung einheitlicher Lohnbedingungen wäre gegeben, die Schichtung der Arbeitnehmer würde mit Macht einsetzen verbunden mit einem Konkurrenzkampf der Arbeiterschaft, während doch diese bisher auf den Unternehmer beschränkt war.

Und unsere aufzubauende deutsche Wirtschaft? Egoismus an Stelle gemeinwirtschaftlicher Produktion verbunden mit wirklichen oder sicherlich behaupteten Schiebungen und Verschiebungen von Gewinnen wären die vorauszusehenden Folgen.

Das wäre keine Zusammenfassung, sondern Zersplitterung der Wirtschaft. Es sollte daher unbedingt daran festgehalten werden, daß den Betriebsräten die Durchführung und Ueberwachung der Arbeits- und Lohnbedingungen auf Grund von Tarifverträgen und Gesetzen zustehen soll. Der Plan der Regierung, die Mitberatung von Arbeitern und Angestellten beim Produktionsprozeß einzuführen und sie damit an der Betriebsleitung zu beteiligen, ist bedenklich. Dadurch würden die Betriebsräte zu Produktionsräten, wobei nur erreicht würde, die zu erzielende paritätische gemeinsame Mitarbeit an der Steigerung und Förderung der Produktion in Frage zu stellen.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 12. August. (Priv.-Tel.) Die Geschäftstätigkeit in der heutigen Börse war auf den meisten Märkten wenig umfangreich. Die Haltung war nicht einheitlich, indeß überwogen einzelne Kursbesserungen, die sich aber nur in Spezialpapieren bemerkbar machten. Kolonialwerte wurden bei lebhaften Umsätzen zu höheren Kursen umgesetzt, gingen aber nach stark schwankender Haltung zurück. Neu-Guinea, die mit 224 einsetzten, gingen auf 220 zurück. Otavminen 141—144. Steaua Romana waren zu Beginn ebenfalls reger gehandelt und höher, 432—440. Deutsche Petroleum 263. Montanaktien waren zum Teil schwächer. Deutsch-Luxemburger notierten 1 Prozent niedriger. Auch in sonstigen führenden Aktien waren Kursbesserungen vorherrschend. Phönix Bergbau mit 177 Proz. 1 Prozent höher. Chemische Aktien wiesen behauptete Haltung auf. Elektrizitätspapiere sowie Schiffahrtsaktien unterlagen geringen Veränderungen. Schantungbahn ca. 130. Oesterreichische Staatsbahnen sind zu höheren Kursen umgesetzt. Lombarden geschäftslos. Autoaktien lagen ruhig. Am Kassamarkt war die Haltung ruhig, für einzelne Brauereiaktien sowie Baugesellschaften wurden höhere Preise erzielt, besonders für Hoch- und Tiefbau. — Am Rentenmarkt stellten sich Kriegsanleihen 79, 78, 79¾ und 79½ Proz. Schwächer lagen auch einzelne heimische Anleihen. Ausgehend von der weiteren Steigerung der Petroleumaktien war die Haltung gegen Schluß fester. Steaua Romana 446 Proz., Deutsche Petroleum 264½ Proz., Canada Pacific 434 Proz. Privatdiskont 3⅛ Proz.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 12. August. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	11. Geld	11. Brief	12. Geld	12. Brief
Konstantinopel	—.—	—.—	—.—	—.—
Holland 100 Gulden	648.00	648.50	655.00	655.50
Dänemark 100 Kronen	379.00	379.50	381.00	381.50
Schweden 100 Kronen	425.00	425.50	430.00	430.50
Norwegen 100 Kronen	400.00	400.50	405.00	405.50
Schweiz 100 Franken	308.00	308.25	309.00	309.25
Oest.-Ungarn 100 Kronen	42.95	43.05	42.95	43.05
Spanien	315.—	316.—	315.—	316.—
Bulgarien 100 Levs	—.—	—.—	—.—	—.—
Helsingfors	103.00	103.75	103.00	103.75

MARCHIVUM

Zur Aufklärung!

An die Gastwirte Mannheims! Da in der gestrigen Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß keine Einigung zu Stande kam, den Kollegen zur Nachricht, daß nach dem Spruch des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses es **jedem Kollegen freisteht, eigene, schriftliche Abmachungen mit dem Personal zu treffen.**

Wo keine schriftliche Abmachungen getroffen werden, gilt der Schiedsspruch, der den Tarifvertrag des Personals genehmigt hat.

Die Lohn-Kommission der Mannheimer Wirte.

Ankauf Sehr gute Preise erhält ein jeder für Papier, Neutuchabfälle, Gummi, Metall, Flaschen, Lumpen, Keller- und Speicher-Gerümpel beim **Fl. Wachtel, S 4, 6, Tel. 7819**

Zirkus Hermann Althoff

Mannheim, Messplatz

Täglich abends 8 Uhr Grosstadt-Programm! Das Tagesgespräch v. Mannheim!

Mittwoch, den 13. August:

2 große Vorstellungen 2

um 4 Uhr und 8 Uhr

Sichern Sie sich rechtzeitig Eintritts-Karten! Karten-Vorverkauf: Zigarrenhaus Aug. Kremer, Paradeplatz und Zirkuskasse. B259

Hornberg a. d. Schwarzwaldbahn

„Gasthof z. Adler" B274

Alt renommiertes, gut bürgerliches Haus Pensionspreis im August Mark 12.— September und Oktober Ermäßigung.

Hermann Langenbacher, Eigentümer.

Landaufenthalt

für September u. Oktober bei reichlich guter Verpflegung u. engen. Preis in Luftkurort des bad. Odenwald. Interessenten erhalt. Ausk. in der Geschäftsstelle d. Bl. B8761

Zwickt Dich Wanze, beißt Dich Laus:
Hol Dir **„Mortisol"** ins Haus,
Welches diese samt der Brut
Radikal vernichten tut;
Schleicht der Schwab' u. Ruß' herum:
„Dalmatin" bringt Dir sie um,
Frißt die Maus Dein letztes Brot:
„Zinitin" bringt ihr den Tod,
Bringt zum Abendbrot gegeben
Jede Ratte schnell ums Leben. B259

Kammerjäger Moll's zuverlässige Spezialmittel:

„Mortisol", „Dalmatin" u. „Zinitin"

hergestellt nach 20jähriger Praxis sind in jeder Apotheke u. Drogerie zu haben, wo nicht, durch das **Mortisol-Werk,** Mannheim, Postfach 251

Bis 10 000.- Mark wird bezahlt für gute Briefmarken-Sammlung in d. Briefmarken-Börse, T 4, 3 B7898

Höck & Kreuzeder

Saarbrücken.

Ludwigshafen a. Rh., Bleichstr. 14.

Wir offerieren Lager Ludwigshafen am Rhein:

15000 Ko. gespalt. Erbsen gelb
45000 „ Seife 72% 1 Pfd.-Stücke
12000 „ Cichorie franz. ½ Pfd.-Pakt.
5880 „ Kaffee roh
1080 „ krist. Borax
3000 „ Cocosfett
10000 „ Remy-Stärke 2 Pfd.-Pakete

Ferner: B8760

13460 Liter franz. Rotwein Ia.

Prima Ferkel

in Waggonladungen zu allerbilligsten Tagespreisen liefern C250

Traege & Selle, Magdeburg, (Viehhof).

Zigarren

helle Decker, mögl. 20stel-Packung, 50 Mille, bis 600.— Mk. zu kaufen gesucht.

Gebr. Haufe, Bauer

Tabakwaren-Großhandlg. Königsbrück i. S.

z. Zt. **Hotel Kronprinz** am Bahnhof, zu sprechen bis abends 8.00 Uhr.

Fahrnis-Versteigerung.

Im Auftrag versteigere ich aus dem Nachlaß der Margarete Götz Witwe, am

Mittwoch, den 13. August 1919, nachmittags 2 Uhr,

im Hause Lit. **H 6, 3, III,** nachbezeichnete Fahrnisse gegen bare Zahlung:

2 kompl. Betten, 1 zweit. Kleiderschrank, 1 Kommode, 1 Pfeilerschrank, 2 Nachttische, 2 Tische, 5 Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Geschirrrahmen, 1 Anrichte mit Aufsatz, 1 Koffer, 1 Hängelampe, versch. Küchengeschirr und sonstige Gegenstände.

Mannheim, 12. Aug. 1919.

Peter Dogelsgesang Ortsrichter. (B8840

Diejenige Dame, welche am 11., abends 7 Uhr in der Straßenbahn dem Herrn in grauem Hut gegenüber saß, und an der Neckarbrücke aus, resp. umstieg und mit dem ersten Wagen nicht mit kam, wird um ein Lebenszeichen unter W. M. 80 an die Geschäftsst. gebeten. Bauer

---

Handkäse

nur Ia. Qualität,

auf Gewicht, stückweise und in ganzen Kisten laufend zu haben bei B7813

Oefpermann D 3, 1 Tel. 4841

Wer

einen vorzüglichen

Verkaufsartikel

sucht, an dem sehr gut verdient wird, gebe seine Adresse unter V. A. 44 an die Geschäftsstelle ds. Bl. an. B8722

Wer gibt fleißigem Arbeiter **Nebenbeschäftigung** B8735 oder passende Vertretungen. Ang. u. V. G. 50 a. d. Geschst.

Wer übernimmt Flickarbeit in besserem Haushalt? Angebote unter W. M. 76 an die Geschäftsstelle. B8796

Kaufmann, 27 J., wünscht **gesellschaftl. Anschluß** an ebenb. Herrn zwecks gemeinl. Spazierg. Ausflüge 2c. Zuschriften unter V. Q. 59 an d. Geschäftsst. B8753

Best. Fräul. a. Lande, wünscht in einem **3-monatlichen Kochkurs** gegen Bezahlung, am liebsten in Hotel oder Pension **sich weiter auszubilden.** Zuschriften unter E. M. 137 an die Geschäftsstelle. 5705

Dach-Reparaturen

werden prompt und billig ausgeführt. B8714

Gebr. Ahrle, G 6, 22

Verein sucht gegen gute Bezahl. **geräumig. Zimmer oder Nebenzimmer** (Extra-Eingang), nähe Stadtzentrum. Angebote unter W. G. 75 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. B8796

Rottweiler

zugelaufen!

gegen Futtergeld u. Einrückgebühr abzuholen. B8787

Langstraße 26, 4. Stock.

Wir bitten unsere Inserenten bei Neu- u. Abbestellungen dieselben nur schriftlich, nicht durch Fernsprecher aufgeben zu wollen, damit Irrtümer für die wir keine Verantwortung übernehmen können, vermieden werden.

Geschäftsstelle des Mannheimer General-Anzeigers

Offene Stellen

Zuverlässige **Vertreter** sucht unter günstigen Bedingungen. G250

Vaterländische Vieh-Versicherungs-Gesellschaft, Dresden, Werderstraße 29

Trächtigkeits- und sonstige Versicherungen

zu festen billigen Prämien. Günstigste Einrichtungen.

Sehr gute Existenz

wird schnell entschlossenen Reflektanten bei hohem Verdienst geboten. Sofortige dauernde Einnahme. Bequem im Hause zu erledigen. Schreiben Sie sofort an 5350

Emil Rüdiger, Gladbeck i. W.

Flotte Stenotypistin

zum sofortigen Eintritt gesucht. Nur perfekte Kräfte wollen sich zwischen 10 und 12 Uhr vormittags vorstellen bei 5380

Unionwerke A.-G., Maschinenfabriken Mannheim.

Großes Assekuranz-Geschäft sucht für seine (5747

Transport-Abteilung

einen mit der Branche durchaus vertrauten

Beamten

der im Maschinenschreiben und in Stenographie perfekt ist. Angebote erbeten unter E. V. 146 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für kinderloses Ehepaar

tüchtiges Mädchen

gesucht, welches auch kochen kann. B8767

Riekenau, R 7, 40, III.

Sauberes tücht. Mädchen welches etwas kochen kann, in besseres klein. Weinrestaurant bei hoh. Lohn sof. ges. B8762

Hansa-Weinstube D 1 7/8.

Für Ladenbedienung und schriftliche Arbeiten intell.

junges Fräulein

evtl. sofort in die Lehre gesucht. B8795

A. Jander, P 2, 14.

Gebildetes

Nachmittagsfräulein oder 5743

Kindergärtnerin

1ster Klasse auf 1. Septbr. oder 1. Oktober gesucht.

Vorzustellen bei Frau Eugen Langenbach, Moltkestraße 34, zwischen 1—2 Uhr.

Monatsmädchen

im Alter von 13—20 Jahren bei hohem Lohn sofort gesucht. B8766

Lang, S 1, 9.

Stellen-Gesuche.

Feuer-Versicherung.

Tüchtig. Bürobeamter Mitte 30er, firm in Feuer- nebst sämtl. Nebenbranchen, wünscht sich zu veränd. Erwünscht entwicklungsf. Pos. auf Direktion oder gr. direktverm. General-Agentur.

Angebote unter V. X. 66 an die Geschäftsst. B8772

Tüchtiger Maschinist

gelernter Maschinenschlosser, 36 Jahre alt, zuletzt 10 Jahre als Obermaschinist tätig, sucht

Stellung.

Angebote unter U. Z. 43 an die Geschäftsstelle d. Bl. B8721

Tücht. ehrl. Verkäuferin sucht für sofort oder später Stellung in d. Lebensmittel-, Drogen- oder ähnl. Branche. Angebote unter U. Q. 34 an die Geschäftsstelle. B8700

Junges Mädchen sucht Stellung als C338

Stütze

in gutem bürgerlichen Hause. Angebote unter D. 156 an D. Frenz, G. m. b. H., Mannheim.

Welt. Fräulein, tüchtig im Haushalt und zuverlässig **sucht Stellung** in frauenlosen Haushalt, geht auch als Stütze der Hausfrau am liebsten außerhalb Mannheims. Angebote unter V. C. 46 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. B8725

Jüngeres Fräulein im Stricken bewandert sucht Beschäftigung in Näh- oder Stickgeschäft. Ang. unt. V. E. 48 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. B8728

Verkäufe.

Oberstadt.

Neueres, gut ausgestatt.

Privathaus

4 mal 5 Zim.-Wohnung, besond. Verhältn. halber preiswert zu verkaufen. Näh. durch Immob.-Büro

Levi & Sohn

Q 1, 4. [5751] Tel. 595.

Ein Gleichstrom-Motor 110 Volt
ein Gleichstrom-Motor 110 Volt
ein Drehstrom-Motor 120 Volt
1/6 PS. neu
ein erstklassiges
Adler-Fahrrad
fast ganz neu, ohne Bereif. eine sehr guterhaltene
Handnähmaschine
zu verkaufen. B8724
Mannheim-Luzenberg, Stationsstr. 1 bei Wagner.

Preiswert!

Ständiger Verkauf

von **Volle-Resten,** best. und gem. sowie fert. **Blusen.** B8758

F 3, 13a 2 links.

Vollst. Bett m. Roßhaarfüllung
1 Herren-Ueberzieher
gut erhalten, billig zu verkaufen. B8792 H 1, 16, 2 Tr.

Damen-Fahrrad

gut erhalten, billig zu verkaufen. B8691

L. Wachter, O 6, 3, 1 Tr.

---

1 gebr. Bettstelle m. einteil. Matratze, 2 Alte Küch.-Gaslampen, 1 Akkordzither, fast noch neu, 1 Gartenrechen und Hake, 1 Kinderschlitten, Puppenstube, Kaufladen, Küche und sonst. Spielsachen billig zu verkaufen. B8790

Dammstr. 27, 4. St. rechts.

Wenig getragene

Damen-Garderobe

billig zu verkaufen. B8729

Hotel Bauer

Zimmer 19, von 3—7 Uhr.

Eichen. Eßzimmer

bestehend aus:

Büfett, Tisch, Stühle Sofa mit Umbau, Uhr Nähtisch.

Anzusehen zw. 10—12 Uhr.

O 1, 5, III. B8752

Rokoko-Einrichtung

reich geschnitzt, weiss lackiert, hell geblumter Damastbezug, bestehend aus 1 Sopha, 2 runde Tische, 5 Fauteuils, 3 Sessel, preiswert zu verk.

Heidelberg, Schloss-Wolfsbrunnenweg 17.

---

1 Wanduhr (Regulator) Preis 45 Mk.

1 brauner Anzug mit Kniehose tadellos erhalten Preis 120 Mk. Bauer

1 Bettlade nußbaumpol. mit Federmatr., Kopfkissen, fast neu, Pr. 250 M. Anzus. S 6, 37, 3. Stck. links.

Billiges Tafelklavier zu verkaufen. B8708

Daiber, Hohwiesenstraße 9.

Photo-Apparat 9×12 mit allem Zubehör bill. zu verkaufen. Zuschrift. unt. H. T. 34 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. B7842

Ein gut erhalten. **Hochzeitsanzug** nebst Konfirmandenanzug zu verkaufen. Anzusehen von 2—6 Uhr. B8716

Mittelstraße 54, III.

Neue Küchen-Einrichtung preiswert zu verkaufen. B8732

Schmuck, Eichelsheimerstr. 41.

Graner B8765

Herren-Anzug für schlanke Figur zu verk. Heiner. Langstr. 7, IV links.

Ein elegant. weiß. seidenes **Brautkleid** Gr. 44, billig zu verkaufen. Anzus. zwischen 3 u. 5 Uhr. **D 6, 6,** 1 Treppe. B8324

Schw. Gesellschaftskleid auch f. Straße geeign., Gr. 50

graues Kostüm Gr. 44, billig abzugeben. **O 5, 2.** B8720

Damenmantel blau Rips, noch neu, 1 Bett mit Matratze, 1 Fahrrad mit Gummibereifung, alles noch Friedensware, wegen Platzmangel preiswert zu verkauf. Stolbergstr. 4 part. rechts. B8802

Eine Bettstelle u. ein Paletot für mittl. Figur billig zu verk. B8741 Boll, G 5, 16.

Sofa 95 Mark (gebraucht)

Chaiselongue 200 Mk., neu, zu verkaufen. **G 7, 24** III, 3. Tür.

Bettstelle mit Rost u. Matratze, Kinderwagen, Gardinen zu verkaufen. B8788 S 6, 28 III.

---

1 gebr. Doppelstehpult
1 „ Einfachstehpult
3 Hocker, abzugeben. Böckstr. 9, Werkstatt. B8771

Herrenrad mit Freilauf u. Gummi 200 M.

Gehrockanzug u. Frackanzug mittlerer Größe, je 200 M. zu verk. Kolb, Augartenstraße 41, 5. St. 6—8 Uhr abds.

Gebrauchte, guterhaltene

Kücheneinrichtung zu verkaufen. 5725

Anzusehen 10—12 Uhr norm. Händler verbeten.

Näheres **Gasthaus zum Reichsadler,** Wiesenthal.

---

1 Herren- u. Damen-Fahrrad m. Gummi u. Freilauf billig zu verk. L 2, 8, Hof. B8734

---

1 Kredenz od. Notenschrank
1 Schreibtisch, 1 Stehpult
1 Küchenschrank
zu verkaufen. B8785

L 4, 9, 1 Treppe rechts.

Ca. 200 Stück gezogene Kupferrohre

25 mm äußerer Durchmesser, 2,4 mm Wandstärke, 2,70 Meter lang, abzugeben.

Angeb. unt. E. T. 144 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 5731

Junge deutsche Dogge zu verkaufen. B8808

Neckarau, Waldhornstr. 25.

Kauf-Gesuche.

Suche ein Mietshaus

zu kaufen, auch mit Geschäft. Bitte Angebote a. Verkäufer nebst Anzahlung und sonstig. näheren Angaben unt. V. S. 61 an die Geschäftsstelle. B8755

Gas-Badeeinrichtung neu oder sehr gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisang. erb. unter B. R. 53 an die Geschäftsst. B8743

An- und Verkauf gebr. Musikinstrumente gute Mandolinen, Konzert-Zithern, Akkord-Zithern, Gitarren, Violinen, kin. Blasinstrumente, Violinen stets vorrätig; ebenso alle Bedarfsartikel, Noten 2c. auch (antiquarisch) **Q 3, 6** III. 5669

Gut erhaltener

Anzug Größe 1,70, zu kaufen gesucht. Gefl. Angebote an **Anton, T 5, 12.** B8748

Klavier gesucht zu kaufen oder mieten, nur gutes Instrument. Angeb. mit Preis unt. B. L. 54 an die Geschäftsst. B8744

Damen-Fahrrad mit oder ohne Gummi zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unter B. M. 55 an die Geschäftsst. B8745

Ein gebrauchter, sehr gut erhaltener B8746

Kinderwagen sof. zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisang. unt. V. N. 56 an die Geschäftsstelle.

Gebrauchte B8750

Oel- oder Fettfass von ca. 700 Liter Inhalt zu Pfahlfässer geeignet, kauft **S. Meiller, Bad Dürkheim.**

Ein gebrauchter

Militär-Gummi-Mantel zu kaufen gesucht. 5741

Isolation, A.-G. Mannheim-Neckarau.

Neuer Militär-Mantel und guterhaltener Schließkorb oder Holzkoffer zu kaufen gesucht. B8726

Angebote an Freg, S 5, 4b, 4. Stock links.

Zu kaufen gesucht ein

leichter Handwagen wenn möglich mit Aufsatz.

Richard Veith Stempelfabrik, O 6, 1. 5730

Miet-Gesuche.

Junger Mann sucht

1 bis 2 Zimmer in gutem Hause, möglichst möbliert und wenigstens Frühstück und Abendessen.

Angebote unter E. U. 145 an die Geschäftsstelle. 5721

Wohnungstausch!

Wer tauscht eine 3—4 Zimmer-Wohnung gegen eine sehr schöne 5 Zimmer-Wohnung in der Nähe d. Schlachthofes. Zu erfr. Hansa-Weinstube, **D 1, 7/8.** B8762

5-7 Zimmer-Wohnung in besserer Lage sofort oder später gesucht. Schöne sehr preisw. Wohnung in Dresden kann eingetauscht werden. Angebote unter U. W. 40 an die Geschäftsstelle. B8712

Gebildete junge Dame **sucht hübsches Zimmer** mit Pension (nur Abendessen) in gutem Hause. Klavier erwünscht. Gefl. Angeb. unt. V. H. 81 an die Geschäftsstelle. B8739

Gesucht für jungen Bankbeamten 5737

Zimmer mit Frühstück event. Pension auf 1. September. Preisangebote an **Dr. Rieger, Lahr,** Kaiserstraße 64.

Laden 5749

in bester Lage, für Zigarrengeschäft zu mieten eventl. auch schon bestehendes Geschäft zu kaufen gesucht. Genügend Kapital vorhand. Ang. u. E. W. 147 a. d. Geschäftsst.

Büro- und Lagerräume groß oder mittelgroß für Schuhengrosgeschäft B8803 **gesucht.**

Angebote unter W. L. 79 an die Geschäftsstelle.

Unterricht

Wer gibt einem Mädchen (I. 1. Kl. Volksschule) tagsüber

Nachhilfestunden während der Ferien. Sofort. Angebot mit Preis u. V. R. 60 an die Geschäftsstelle. B8754

Ferien-Nachhilfe B8740 in Engl., Franz., Geometrie für Unterset. d. Realsch. gef. Ang. u. V. J. 52 an d. Geschst.

Geldverkehr.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht reell R. Calderaron, Hamburg 5

---

500 Mark auf einige Monate gegen Sicherheit gesucht. B8706

Angebote unter V. W. 65 an die Geschäftsstelle.

Heirat.

Staatsunterbeamter, kath. Witw., Ausgangs Fünfzig, alleinstehend, statt. Erscheinung, 5000 Mark jährliches Einkommen, pensionsberechtigt, vollständige häusl. Einrichtg. nebst einigen Tausend Mark sonstiges Vermögen, wünscht häusl. erzogenes Fräulein oder Witwe ohne Kinder von guter Vergangenheit, jedoch nicht unter vierzig Jahren

zwecks Ehe

kennen zu lernen. Strenge Diskretion verlangt und zugesichert. B8757

Zuschriften unter V. T. 62 an die Geschäftsstelle.

Landwirt, Anfangs 50er Jahre, Witwer, evang., ohne Kinder, aus guter Familie, mit schön. Vermögen, wünscht Frl. od. junge Witwe m. etwas Vermögen, Mitte 20er oder Anfangs 30er Jahre zwecks **Heirat** kennen zu lernen. Zuschriften unter V. D. 47 an die Geschäftsstelle. B8727

Suche für meinen Bruder (36 Jahre alt) mit dem ich in nächster Zeit am Ort ein Verl.-Geschäft eröffn. gute Geschäftsfrau als B8804

Lebensgefährtin.

Witwe mit 1 Kind nicht ausgeschlossen.

Nur ernstgemeinte Zuschr. mit Photographie u. W. K. 78 an die Geschäftsstelle erb.

MARCHIVUM